



Monatsinfo | Monthly Information

VIII | 2020

Sehr geehrte Leserinnen und Leser,

ein ganz ungewöhnliches Jahr neigt sich für die Mitglieder des VAB zu Ende. Ein Jahr, das ganz im Zeichen der Corona-Pandemie stand und für einige unserer Mitglieder dieses Mal endgültig im Zeichen des Brexit. Aber wir haben auch gesehen, dass das business as usual seit Sommer wieder Fahrt aufgenommen hat und es auch für den Gesetzgeber, die Regulatoren und Aufsichtsbehörden eine Art Jahresendspurt gibt. Entsprechend enthält diese Monatsinfo eine Vielzahl an Berichten über Neuregelungen insbesondere auch im Steuerbereich.

Nutzen Sie die hoffentlich ruhigeren Tage zwischen den Jahren oder am Jahresanfang, um diese Informationen zu verarbeiten und sich auf das neue Jahr vorzubereiten. Das Team des VAB steht Ihnen für Fragen hierzu und auch für Anregungen sehr gerne zur Verfügung.

Mit freundlichen Grüßen

Dr. Andreas Prechtel ✉

Geschäftsführer | Managing Director

Dear Readers,

A very unusual year is drawing to a close for the members of the VAB. A year that was dominated by the Corona pandemic and, for some of our members, this time definitively by Brexit. But we've also seen that business as usual has picked up again since the summer, and there's been a kind of a year-end rush for legislators, regulators and supervisors as well. Accordingly, this monthly info contains a large number of reports on new regulations, especially also in the tax area.

I hope you can use the hopefully quieter days between the years or at the beginning of the year to process this information and prepare for the new year. The VAB-team will be happy to answer any questions you may have on these topics and also to receive any suggestions you may have.

Kind regards

Verband der Auslandsbanken in Deutschland e.V. | Association of Foreign Banks in Germany
Interessenvertretung ausländischer Banken, Kapitalverwaltungsgesellschaften, Finanzdienstleistungsinstitute und Repräsentanzen
Representation of interests of foreign banks, investment management companies, financial institutions and representative offices
Weißfrauenstraße 12-16 | D-60311 Frankfurt am Main | ☎ +49 69 975850-0 | Fax +49 69 975850-10 | ✉ verband@vab.de

Verantwortlich für den Inhalt | Responsible for content:

Wolfgang Vahldiek | Markus Erb | Andreas Kastl | Dr. Mélanie Liebert | Richard Aron Schauer

Redaktionsschluss | Editorial Deadline: 18/12/2020

English translations are convenience translations only.

Inhaltsverzeichnis

1. Unsere Veranstaltungen Our Events	4
2. Seminarkalender Seminar calendar	7
3. Aktuelles Update	8
Brexit Brexit.....	8
Bankenabgabe Bank Levy.....	8
Verwahrstellenrundschreiben Depository Circular	9
3.1 Paris	10
Marketingmitteilungen von Fonds Funds' Marketing Communication.....	10
Produkt Governance Product Governance	11
Geldtransferverordnung Wire Transfer Regulation	12
AML & SREP	13
3.2 Berlin	14
Fondsstandortgesetz Fund Location Act.....	14
Verlustverrechnungsbeschränkungen Loss Offsetting Restrictions.....	15
Investmentsteuerrecht Investment Tax Law	15
Jahressteuergesetz 2020 Annual Tax Act 2020.....	16
Elektronische Steuerbescheinigung mit Datenabgleich Electronic tax certificate with data reconciliation	16
ATAD-Umsetzung ATAD Implementation	18
Anzeigepflicht für Steuergestaltungen DAC6	19
Steuerliche Vorschriften Tax-relevant Provisions.....	19
3.3 Bonn	22
Institutsvergütungsverordnung Remuneration Regulation for Institutions	22
Weitere Umsetzung von CRD 5 und CRR 2 Further Implementation of CRD 5 and CRR 2.....	23
Zahlungskontengesetz Payments Account Act.....	23
Kontenabrufdatei Account retrieval file	24



3.4 Frankfurt am Main	25
Wertberichtigung von Auslandsforderungen Allowance for foreign receivables.....	25
Konsultation der MaBail-in Consultation of MaBail-in	25
Kleine und nicht komplexe Institute Small and Non-Complex Institutions.....	26
IT-Sicherheit IT Security.....	27
Risikotragfähigkeit Risk-bearing Capacity	27
3.5 Aktuelle Stellungnahmen Position Papers	28
4. VAB Interna Association News	29
Personalveränderung Personnel change	29

1. Unsere Veranstaltungen | Our Events

Online VABinar

Update aus der Verbandsarbeit

Wir möchten Ihnen gern einen Überblick über die aktuellen Themen des Verbandes geben und diese mit Ihnen diskutieren. Folgende Tagesordnung ist vorgesehen

- Insolvenzrechtsreform (SanInsFoG)
- Finanzmarktintegritätsstärkungsgesetz (FISG)
- MaRisk-Novelle
- Fondsstandortgesetz
- Neue Vorschriften für das Marketing von Fonds (Fondsmarketing-Richtlinie, ESMA-Leitlinien)
- Verwahrstellen-Rundschreiben
- AIFMD-Review
- Weitere regulatorische Themen

Anschließend besteht für Sie die Möglichkeit für Fragen und Anmerkungen zu diesen Themen, die Sie uns gern auch bereits im Vorfeld **per E-Mail** zukommen lassen können. Der Verband wird zudem von seinen Aktivitäten hierzu berichten.

Darüber hinaus möchten wir darauf aufmerksam machen, dass wir die **Veranstaltung aufzeichnen**, um den Interessenten, die nicht teilnehmen können, das Update aus der Verbandsarbeit im Nachgang online zur Verfügung stellen zu können. Auf die Präsentationsunterlagen, sowie die Aufzeichnung, können Sie im Anschluss an die Veranstaltung in unserem Mitgliederbereich zugreifen.

Ihre **Anmeldung** für dieses VABinar nehmen wir gerne bis zum **20. Januar 2021** entgegen:

Anmeldung

Donnerstag, 21. Januar 2021, 16:00 bis 18:00 Uhr

Am Veranstaltungstag können Sie der Sitzung über folgenden Link beitreten:

Zum virtuellen Veranstaltungsraum

Wir weisen auf die **Voraussetzungen** hin, um an diesem Online VABinar teilnehmen zu können. Wir empfehlen Ihnen, diese Hinweise an Ihre IT-Abteilung weiterzuleiten. Erfahrungsgemäß läuft das System **ausschließlich** mit den aktuellsten Versionen von **Google Chrome oder Mozilla Firefox**. Internet Explorer und Microsoft Edge könnten Probleme verursachen. Bitte testen Sie **hier vor der Veranstaltung**, ob das System mit Ihrer Ausstattung kompatibel ist. Wir bitten bereits jetzt um Verständnis, sollte es während der Sitzung zu technischen Problemen oder zu kurzfristigen Änderungen in der Agenda kommen.

Wir würden uns freuen, Sie bei diesem Online VABinar begrüßen zu dürfen.



Aufzeichnung des Online-Seminars „Bankenaufsicht“ vom 18. November 2020

Wir haben die Video-Aufzeichnung des Seminars für Sie aufbereitet und stellen es nun als Online-Version für Sie zur Verfügung (alle Vorträge inklusive der Präsentationen).

Die Bankenbranche steht angesichts der Pandemie mehr denn je im Spannungsfeld zwischen Vermeidung einer Kreditklemme und prudentiellen aufsichtlichen Zielsetzungen. Die Möglichkeit einer Welle an Problemkrediten wird in Strategie und Risikomanagement zu berücksichtigen sein. Die MaRisk-Novelle 2021 wirft ihre Schatten voraus und will Prozesse risikoreduzierend anpassen, insbesondere im Bereich der Auslagerungen. Neue EBA-Leitlinien zu Kreditvergabe und -überwachung gehen in dieselbe Richtung. Unmittelbar vor der Umsetzung steht außerdem das Risikoreduzierungs-gesetz, das das Banking Package (CRD 5, CRR 2 etc.) in Deutschland umsetzt. Und die Anforderungen an Geschäftsleiter, Aufsichtsräte und Schlüsselpositionen in den Instituten befinden sich durch die Überarbeitung der entsprechenden Leitlinien und Merkblätter von EBA und BaFin ebenfalls im Fluss. Die Bankenabgabe dagegen geriet jüngst erneut in die Diskussion, weil ein Urteil des Europäischen Gerichts einige Bescheide aus dem Jahr 2017 für nichtig erklärte.

Das Seminar wird alle diese Themen abdecken. Es richtet sich an Geschäftsleiter, Entscheidungsträger und Mitarbeiter in Bankgeschäft und Risikomanagement sowie an alle an der Bankenaufsicht Interessierten.

- Aktuelle Herausforderungen aus Sicht der Bankenaufsicht
Dr. Peter Lutz | Bundesanstalt für Finanzdienstleistungsaufsicht
 - Die MaRisk-Novelle 2021
Matthias Eisert | PwC
 - Wirtschaftliche Krisenzeiten: Wie bereiten Institute sich auf eine mögliche Welle von Problemkrediten vor?
Benedikt Sturm | KPMG
 - Die EBA-Leitlinien zur Kreditvergabe und -überwachung
Andrea München, LL.M. | CMS Hasche Sigle
 - Neue Anforderungen an Geschäftsleiter, Aufsichtsorgane und Key Function Holder
Dr. Andreas Dehio | Linklaters LLP
 - Das Risikoreduzierungs-gesetz: Umsetzung von CRD 5, CRR 2 und anderen Vorgaben
Dr. Marc Benzler und Johannes Rothmund | Clifford Chance LLP
 - Bankenabgabe: Was bedeuten die EuG-Urteile zur Nichtigkeit der SRB-Beschlüsse?
Dr. Dirk Bliesener | Hengeler Mueller
 - Small Banking Box: Erleichterungen für kleinere und mittlere Institute (Aufzeichnung)
Michael Jankowski | Ebner Stolz
-

Weitere Informationen und die Möglichkeit zur Anmeldung finden Sie bitte auf unserer [Homepage](#). Wir würden uns freuen, wenn Sie die Gelegenheit ergreifen, nachträglich noch teilzunehmen!



Aufzeichnung des Online-Seminars „Anlageberatung und Vermögensverwaltung“ vom 1. Dezember 2020

Wir haben die Video-Aufzeichnung des Seminars für Sie aufbereitet und stellen es nun als Online-Version für Sie zur Verfügung (alle Vorträge inklusive der Präsentationen).

Das Private Banking gehört zu den wichtigsten Geschäftsfeldern der Auslandsbanken im deutschen Markt. Aufgrund seiner hohen Beratungsintensität steht es außerdem traditionell im besonderen Fokus der Aufsichtsbehörden. Des Weiteren handelt es sich um Dienstleistungen, die im Zuge der Digitalisierung im Mittelpunkt stehen, sowohl was deren digitale Bereitstellung angeht, aber auch durch die Schaffung neuer Anlageklassen im Bereich der Krypto-Assets. Durch alle diese Entwicklungen wird ein stetiger, nicht unerheblicher Anpassungs- und Compliance-Druck auf die Branche ausgeübt. Ein weiterer aktueller Trend sind die nachhaltigen ökologisch und sozial verträglichen Anlagen; auch insoweit gibt es inzwischen Vorgaben der Gesetzgeber umzusetzen.

In diesem und vermutlich im kommenden Jahr kommt es außerdem zu besonderen Herausforderungen durch volatile Märkte und Skandale, so dass sich leider erneut Haftungsfragen stellen bzw. von Kundenseite gestellt werden können.

Das Seminar wird die genannten Entwicklungen aufgreifen und umfassende Hinweise dazu geben, wie sich Institute im Bereich der Anlageberatung und Vermögensverwaltung darauf einstellen können und müssen. Es richtet sich an Entscheidungsträger in Strategie und Management operationeller Risiken dieser Geschäftsbereiche sowie Compliance-Beauftragte und Rechtsabteilungen.

- Digitalisierung von Anlageberatung und Vermögensverwaltung aus regulatorischer Sicht
Dr. Christoph Schmitt | BEITEN BURKHARDT
 - Haftungsrisiken nach den Börsenturbulenzen 2020 – Corona, Wirecard und die Folgen
Dr. Ulf Hepekausen | CLOUTH & PARTNER
 - Nachhaltigkeit und ESG-Offenlegung im Private Banking
Dr. Alexander Behrens | Allen & Overy LLP
 - Entwicklungen in der Wertpapieraufsicht
Dr. Jochen Eichhorn | Lachner Westphalen Spamer
 - Case Study: Beratung über und Verwaltung von Krypto-Währungen
Dr. Thorsten Voß | Schalast & Partner
-

Weitere Informationen und die Möglichkeit zur Anmeldung finden Sie bitte auf unserer [Homepage](#). Wir würden uns freuen, wenn Sie die Gelegenheit ergreifen, nachträglich noch teilzunehmen!



Aufzeichnung des Online Tax-VABinar “Die Betriebsprüfung im Dialog” vom 9. Dezember 2020

Unser Online Tax-VABinar "Die Betriebsprüfung im Dialog" vom 9. Dezember 2020 konnte aus terminlichen Gründen nicht von allen Interessenten live besucht werden. Wir haben deshalb die Video-Aufzeichnung des VABinars für Sie aufbereitet und stellen es nun als Online-Version für Sie zur Verfügung (die Vorträge inklusive der Präsentation). Es ist uns gelungen, folgende Herren für nachfolgende Themen zu gewinnen:

Es ist uns gelungen, folgende Herren für nachfolgende Themen zu gewinnen:

Herrn Jörg Bender und Herrn Martin Münch, Bundeszentralamt für Steuern, Bonn, die folgende Themen in deutscher Sprache ansprechen werden:

1. Aktuelle steuerliche Fragestellungen für Auslandsbanken zum Brexit

- Übertragung von EU-/EWR-Geschäft nach Deutschland und Ver-/Entstrickung
- ATADUmsG-RefE und die Folgen
- Änderungen bei der Bewertung der Verstrickung
- Aufgewertete Bankeinheiten in Deutschland mit Outbound-Fällen in den EWR
- Aufwandszuordnung bei Betriebsstättenbegründung

Herrn Frank und Herrn Oliver Bohländer, Finanzamt Frankfurt am Main V-Hoechst, die folgende Themen in deutscher Sprache ansprechen werden:

2. Verrechnungspreise (VP) und Bankbetriebsstättenbesteuerung

- Einführung in die Systematik der Verrechnungspreise und Bankbetriebsstättenbesteuerung
- Allgemeine und spezifische Anforderungen anhand von typischen Praxiskonstellationen
- Fehlerquellen und Wünsche der Betriebsprüfung
- Praxisfälle
 - Änderung einer VP-Methode
 - Zentralisierung des Risk Managements
 - Allokation von Projektkosten

Bitte beachten Sie, dass die Rechnungen spätestens in der ersten Januarwoche 2021 verschickt werden. Ab Rechnungsdatum sind die Unterlagen und Aufzeichnungen 1 Monat lang abrufbar.

Weitere Informationen und die Möglichkeit zur Anmeldung finden Sie bitte auf unserer [Homepage](#). Wir würden uns freuen, wenn Sie die Gelegenheit ergreifen, nachträglich noch teilzunehmen!

2. Seminarkalender | Seminar calendar

2021

In Planung:

MaRisk-Compliance (Online)	Februar 2021	Vormerkung
Die MaRisk-Novelle (nach Vorliegen des Entwurfs der neuen MaRisk, voraussichtlich Q1 2021 in Frankfurt a.M. oder VABinar)		Vormerkung
CRR-Meldewesen (Q2 2021 in Frankfurt a.M.)		Vormerkung

Aktuelle Inhouse-Schulungen

▪ Geldwäsche und Finanzsanktionen

- Gesetzliche und regulatorische Anforderungen sowie mögliche aufsichtsrechtliche Sanktionen
- Organisation und Dokumentation der Geldwäschebekämpfung mit Fallbeispielen
- Embargo und Finanzsanktionen
- Pflichten nach der Geldtransfer-Verordnung
- Steuerliche KYC-Anforderungen (Kontenwahrheit, CRS, FATCA)

Die Inhouse-Schulungen sind auf Deutsch und auf Englisch buchbar.

Der Schulungsinhalt wird individuell auf Geschäftsmodelle und zu schulende Mitarbeiter abgestimmt.

Bei Interesse an der Inhouse-Schulung sprechen Sie uns bitte direkt an
Telefon: +49 69 975 850 0, verband@vab.de

Brexit | Brexit

UK-Fonds, Liste über zugelassene Börsen & FAQs für KVGEn und Investmentfonds | UK-Funds, List of Approved Stock Exchanges & FAQs for AMs and Investment Funds

Mit Blick auf den Ablauf der Übergangsfrist am 31. Dezember 2020 und der Tatsache, dass UK danach als Drittstaat gelten wird, hat die BaFin die folgende Mitteilung und Auslegungsentscheidung veröffentlicht:

- **UK-Fonds**, die nach Ende der Übergangsfrist weiter in Deutschland vertrieben werden sollen, müssen jeweils ein bilaterales Drittstaaten-Vertriebsanzeigeverfahren durchlaufen, dass vor Ablauf der Übergangsfrist durchgeführt werden kann, auch wenn die jeweiligen UK-Fonds zu diesem Zeitpunkt noch keine Drittstaatenfonds sind.
- Die BaFin hat entschieden, 10 UK-Handelsplätze zum 1. Januar 2021 in die **Liste der zugelassenen Börsen und der anderen organisierten Märkte** gemäß § 193 Absatz 1 Satz 1 Nr. 2 und 4 KAGB aufzunehmen. Damit soll gewährleistet werden, dass OGAW-Kapitalverwaltungsgesellschaften Wertpapiere, die zu diesem Zeitpunkt ausschließlich an einer Börse oder einem organisierten Markt in UK zugelassen oder in diesen einbezogen sind, noch erwerben bzw. halten können. Im Einzelnen handelt es sich dabei um die folgenden Handelsplätze: London Stock Exchange, NEX Exchange, Euronext London, Aquis MTF, Cboe Europe Equities MTF, UBS MTF, Turquoise, Liquidnet Europe, London Stock Exchange Non-AIM MTF und MarketAxess Europe MTF.

Diese Themen wurden von der BaFin in ihre **FAQs für Verwaltungsgesellschaften und Investmentfonds** aufgenommen.

In view of the expiry of the transitional period on 31 December 2020 and the fact that the UK will be considered a third country thereafter, BaFin has published the following notice and interpretation decision:

- **UK funds** which will continue to be marketed in Germany after the end of the transitional period will have to undergo a bilateral third country notification procedure which can be carried out before the end of the transitional period, even if the UK funds in question are not yet third country funds at that date.
- BaFin has decided to add 10 UK trading venues to the **list of authorised exchanges and other organised markets** pursuant to Section 193 (1) 1 No. 2 and 4 of the German Capital Investment Act as of 1 January 2021. The aim is to ensure that UCITS management companies can still acquire or hold securities which at that time are admitted to or included in only stock exchanges or organised markets in the UK. These are the following trading venues: London Stock Exchange, NEX Exchange, Euronext London, Aquis MTF, Cboe Europe Equities MTF, UBS MTF, Turquoise, Liquidnet Europe, London Stock Exchange Non-AIM MTF und MarketAxess Europe MTF.

These topics have been included by BaFin in its **FAQs for management companies and investment funds**.



Wolfgang Vahldiek | Dr. Mélanie Liebert | Richard Aron Schauer

Bankenabgabe | Bank Levy

BaFin-Hinweise zur Meldung zur Bankenabgabe bis spätestens 1. Februar 2021 | BaFin hints on the reporting conc. the bank levy until 1 February 2021 at the latest

Die BaFin hat mit Datum vom 6. November 2020 folgende Dokumente veröffentlicht:

BaFin published the following documents dated on 6 November 2020:

- **BaFin-Informationsschreiben** vom 29. Oktober 2020 über die Erhebung der Bankenabgabe 2021,
- **Informationsblatt** zum Fachverfahren „Bankenabgabe“,
- **Meldebogen** zur deutschen Bankenabgabe 2021,
- **SRB-Meldebogen** zur europäischen Bankenabgabe 2021.

Die Meldung zur Bankenabgabe 2021 muss nach der gesetzlichen Regelung bis zum 31. Januar 2021 erfolgt sein. Da dieser Termin auf ein Wochenende fällt, ist das Fristende für die Einreichung der Meldung zur Bankenabgabe in 2021 **abweichend der 1. Februar 2021**. Die BaFin empfiehlt jedoch dringend, die Meldung möglichst unverzüglich hochzuladen.

- **BaFin information letter** of 29 October 2020 on the collection of the bank levy 2021,
- **Information sheet** on the technical procedure "Bank levy",
- **Reporting form** for the German bank levy 2021,
- **SRB reporting** form on the European banking Levy 2021.

According to the legal basis, the reporting for the 2021 banking levy must be submitted by 31 January 2021. As this date falls on a weekend, the deadline for submitting the reporting for the bank levy in 2021 is as an **exception 1 February 2021**. However, BaFin strongly recommends that the report is uploaded as soon as possible.



Andreas Kastl

Verwahrstellenrundschriften | Depositary Circular

BaFin veröffentlicht überarbeitetes Verwahrstellenrundschriften | BaFin publishes revised depositary circular

Die BaFin hat am 4. November 2020 die überarbeitete Version ihres Verwahrstellenrundschriften **veröffentlicht**.

Mit redaktionellen Änderungen und der Berücksichtigung der OGAW V Level-2-Verordnung (Delegierte Verordnung (EU) 2016/4) und der Delegierten Verordnungen (EU) 2018/1619 und 2018/1618 wurden insbesondere im Hinblick auf die folgenden Themen Anpassungen vorgenommen:

- Vorgaben zur getrennten Verwahrung von Vermögensgegenständen des Investmentvermögens und solchen der Verwahrstelle auf Ebene des ersten Unterverwahrers;
- Aufnahme der Merkmale einer Drei-Punkte-Erklärung, an der im Hinblick auf ausländische Unterverwahrer festgehalten wird;
- Ausweitung der in den (Unter-)Verwahrverträgen zu berücksichtigenden gesetzlichen Pflichten;
- Prüfungsumfang der Verwahrstelle in Bezug auf die von der Kapitalverwaltungsgesellschaft geltend gemachte Verwaltungsvergütung;

On 4 November 2020, the Federal Financial Supervisory Authority (BaFin) has **published** the revised Depositary Circular (for now German only).

With editorial changes and the consideration of the UCITS V Level 2 Regulation (Delegated Regulation (EU) 2016/4) and the Delegated Regulations (EU) 2018/1619 and 2018/1618, adjustments have been made in particular with regard to the following topics:

- Requirements for the segregated custody of assets of the investment fund and those of the depositary at the level of the first sub-custodian;
- Inclusion of the characteristics of the three-point-declaration, which is being upheld with regard to foreign sub-custodians;
- Extension of the legal obligations to be taken into account in (sub)custody agreements;
- Scope of the depositary's auditing of the management fee claimed by the investment management company;

- Aufnahme einer Regelung, wonach im Verwahrstellenvertrag vorab festzulegen ist, wann die Kapitalverwaltungsgesellschaft von der Verwahrstelle für die Zurverfügungstellung von Informationen einen Aufwendungsersatz verlangen kann.

Das geänderte Verwahrstellenrundschreiben wurde auf der offiziellen Homepage der BaFin **veröffentlicht** und ist sofort gültig.

- Inclusion of a provision requiring the depositary agreement to specify in advance in which case the investment management company can claim reimbursement from the depositary for the provision of information.

The revised Depositary Circular has been **published** on the official website of BaFin and is effective immediately.



Wolfgang Vahldiek | Dr. Mélanie Liebert | Richard Aron Schauer

3.1 Paris

Marketingmitteilungen von Fonds | Funds' Marketing Communication

ESMA-Konsultation zum Entwurf von Leitlinien zu Marketingmitteilungen | ESMA Consultation on Draft Guidelines on Marketing Communication

Am 9. November 2020 leitete die Europäische Wertpapier- und Marktaufsichtsbehörde (**ESMA**) eine Konsultation zu Leitlinien für Marketingmitteilungen (**Entwurf der Leitlinien**) im Rahmen der Verordnung zur Erleichterung des grenzüberschreitenden Vertriebs von Organismen für gemeinsame Anlagen (**Verordnung (EU) 2019/1156**) ein.

Der Zweck des Leitlinienentwurfs besteht darin, die Anforderungen an Marketingmitteilungen zu spezifizieren, die an Anleger gesendet werden, um OGAW (*Organismen für gemeinsame Anlagen in Wertpapieren*) und AIF (*Alternative Investmentfonds*) zu fördern, einschließlich EuSEFs (*European Social Entrepreneurship Funds*), EuVECAs (*Europäische Risikokapitalfonds*) und ELTIFs (*Europäische Langzeit-Investmentfonds*).

Der Entwurf der Leitlinien beinhaltet:

On 9 November 2020, the European Securities and Markets Authority (**ESMA**) launched a consultation on guidelines on marketing communications (**Draft Guidelines**) under the Regulation on facilitating cross-border distribution of collective investment undertakings (**Regulation (EU) 2019/1156**).

The purpose of the Draft Guidelines is to specify the requirements for marketing communications sent to investors in order to promote UCITS (*Undertakings for Collective Investments in Transferable Securities*) and AIFs (*Alternative Investment Fund*), including EuSEFs (*European Social Entrepreneurship Funds*), EuVECAs (*European Venture Capital Funds*) and ELTIFs (*European Long-Term Investment Funds*).

The Draft Guidelines includes:

- Anforderungen an die Identifizierung von Marketingmitteilungen als solche (*siehe Abschnitt 4 des Leitlinienentwurfs*). Nach Ansicht der ESMA soll mit dieser Anforderung sichergestellt werden, dass Anleger oder potenzielle Anleger klar erkennen können, dass eine Kommunikation darauf abzielt, Investitionen in die Anteile oder Aktien eines Fonds zu fördern, und sie sich von der rechtlichen und regulatorischen Dokumentation dieses Fonds unterscheidet (die ausführlichere Informationen über die Merkmale der Fonds-Anteile oder Aktien enthält);
- die Anforderung, dass Risiken und Vorteile des Kaufs von Anteilen oder Aktien eines AIF oder von Anteilen eines OGAW in gleich hervorstechender Weise beschrieben werden sollten (*siehe Abschnitt 5 des Leitlinienentwurfs*); und
- eine Beschreibung, dass die Marketingkommunikation fair, klar und nicht irreführend sein sollte (*siehe Abschnitt 6 des Leitlinienentwurfs*). Mit dieser Anforderung soll sichergestellt werden, dass die in allen Marketingmitteilungen enthaltenen Informationen ausgewogen, verständlich und für Investoren oder potenzielle Investoren nicht verwirrend sind und mit den rechtlichen und regulatorischen Unterlagen des beworbenen Fonds übereinstimmen sowie diesen nicht widersprechen.

Der Entwurf der Leitlinien berücksichtigt auch die Online-Aspekte der Marketingkommunikation.

Die ESMA bittet interessierte Interessengruppen um Rückmeldung zu den vorgeschlagenen Leitlinien bis zum **8. Februar 2021** und plant die finalen Leitlinien bis zum 2. August 2021 zu veröffentlichen. Sie können uns hierzu gern Ihre Kommentare oder Vorschläge **mitteilen** ([Frist](#): 3. Februar 2021).

- the requirement relating the **identification of marketing communications** as such (*see section 4 of the Draft Guidelines*). In ESMA's view, the purpose of this requirement is to ensure that investors or potential investors can clearly identify that a communication aims at promoting investment in the shares or units of a fund and distinguish them from the legal and regulatory documentation of this fund, which provides more detailed information on the features of its units or shares;
- the requirement that **risks and rewards** of purchasing units or shares of an AIF or units of a UCITS should be **described in an equally prominent manner** (*see section 5 of the Draft Guidelines*); and
- a description that the **marketing communications should be fair, clear and not-misleading** (*see section 6 of the Draft Guidelines*). The purpose of this requirement is to ensure that the information contained in all marketing communications is balanced, understandable, not confusing to investors or potential investors, and is consistent with, and not contrary to, the legal and regulatory documentation of the promoted fund.

The Draft Guidelines takes also into account the on-line aspects of marketing communications.

ESMA invites feedback from interested stakeholders on the proposed guidelines by **8 February 2021** and plans to issue final guidelines by 2 August 2021. You are welcome to **send** us your comments or suggestions ([deadline](#): 3 February 2021).



Wolfgang Vahldiek | Dr. Mélanie Liebert | Richard Aron Schauer

Produkt Governance | Product Governance

ESMA veröffentlicht neue Q&As zu Produkt Governance | ESMA publishes new Q&As on Product Governance

Am 6. November 2020 hat die Europäische Wertpapier- und Marktaufsichtsbehörde (ESMA) ihren **Fragen- und Antworten-Katalog (Q&As) zur Umsetzung der Anlegerschutzthemen** im Rahmen der Richtlinie und Verordnung über Märkte für Finanzinstrumente (Richtlinie 2014/65/EU (MiFID II)/Verordnung (EU) 600/2014 (MiFIR)) aktualisiert.

On 6 November 2020, the European Securities and Markets Authority (ESMA) has updated its **questions and answers (Q&As) on the implementation of investor protection topics** under the Market in Financial Instruments Directive and Regulation (Directive 2014/65/EU (MiFID II)/Regulation (EU) 600/2014 (MiFIR)).

Diese Q&As zum MiFID II und MiFIR Anlegerschutz beinhalten drei neue Q&As zum Thema „Product Governance“ (**Q&As zur Produkt Governance**), die auf die folgenden Themen abzielen:

- *Vereinbarkeit der Kosten und Gebühren von Finanzinstrumenten mit den Bedürfnissen, Zielen und Merkmalen des Zielmarktes:* Die ESMA weist hierzu in ihrer Antwort darauf hin, dass Unternehmen insbesondere über klare und tragfähige Richtlinien und Verfahren verfügen sollten, um alle produktbezogenen Kosten und Gebühren zu ermitteln und zu quantifizieren;
- *Kosten und Gebühren sollten die Renditeerwartungen des Finanzinstruments nicht untergraben:* Hierzu führt die ESMA in ihrer Antwort an, dass die Unternehmen eine Szenarioanalyse ihrer Finanzinstrumente durchführen und in diesem Zusammenhang die Produktrendite unter Berücksichtigung aller Kosten der Instrumente simulieren sowie die Konsistenz zwischen Kosten und Rendite bewerten könnten;
- *Transparenz der Gebührenstruktur des Finanzinstruments für den Zielmarkt und Gewährleistung, dass die Gebühren nicht verschleiert oder zu komplex dargestellt sind, um verstanden zu werden:* Um diese Anforderungen zu erfüllen, ist in der Antwort der ESMA eine beispielhafte Auflistung von Maßnahmen enthalten, durch die die Transparenz der Gebührenstruktur der Produkte gewährleistet werden könnte.

These Q&As on MiFID II and MiFIR investor protection topics include three new Q&As on ‘product governance’ (**Q&As on Product Governance**) that aim to give guidance on the following topics:

- *Compatibility of financial instruments’ costs and charges with the needs, objectives and characteristics of the target market:* In its answer, ESMA points out, in particular, that firms should have clear and robust policies and procedures to identify and quantify all product related costs and charge;
- *Costs and charges do not undermine the financial instrument’s return expectations:* In its answer, ESMA point out that firms could undertake a scenario analysis of their financial instruments and, in this context, simulate product returns taking into account all costs of the instruments as well as assess the consistency between costs and return;
- *Transparency of the charging structure of the financial instrument for the target market and ensuring that it does not disguise charges or is too complex to understand:* In order to fulfil these requirements, ESMA’s response sets out an indicative list of measures that could be taken to ensure an appropriate level of transparency of products’ charging structure.



Wolfgang Vahldiek | Dr. Mélanie Liebert | Richard Aron Schauer

Geldtransferverordnung | Wire Transfer Regulation

Anwendung auf UK-Zahlungen nach Ende der Brexit-Übergangsperiode | Application on UK payments after the end of the Brexit transition period

Am 9. November 2020 erinnerte die Europäische Bankaufsichtsbehörde (EBA) die Finanzinstitute an die Notwendigkeit der Vorbereitung im Hinblick auf die am 31. Dezember 2020 endende Brexit-Übergangsperiode. In diesem Zusammenhang wies die EBA auch darauf hin, dass (alle) in der EU ansässigen Zahlungsdienstleister, zu denen insbesondere Kreditinstitute gehören, ihre Verpflichtungen nach der **Verordnung (EU) 2015/847** (der so genannten „Geldtransferverordnung“, GTVO) überprüfen sollten. Die EBA erinnerte daran, dass ab dem Ende der Übergangsperiode Geldtransfers nach/aus dem Vereinigten Königreich den GTVO-Anforderungen für Zahlungen von/nach außerhalb der EU unterliegen werden.

On 9 November 2020, the European Banking Authority (EBA) reminded financial institutions of the need for readiness in view of the Brexit transition period ending on 31 December 2020. As part of this, EBA also highlighted that (all) EU-based payment service providers (PSPs), to which credit institutions especially belong, should assess their obligations under **Regulation (EU) 2015/847** (the so-called “Wire Transfer Regulation” or “WTR”). EBA reminded that, as of the end of the transition period, transfers of funds to/from the UK will be subject to the WTR requirements concerning payments from/to outside the EU.

Verglichen mit Überweisungen innerhalb der EU, bei denen alle an der Zahlungskette beteiligten Zahlungsverkehrsdienstleister in der EU ansässig sind, müssen die Zahlungsverkehrsdienstleister bei Geldtransfers von/nach außerhalb der EU detailliertere Angaben zum Auftraggeber und zum Begünstigten übermitteln. Weitere Einzelheiten entnehmen Sie bitte der **Mitteilung der EBA**.



Andreas Kastl

This means PSPs need to provide more detailed information on the payer and the payee for transfers of funds from/to outside the EU, compared to intra-EU transfers where all PSPs involved in the payment chain are established in the EU. For more details, please cf. to the **EBA notice**.

AML & SREP

EBA veröffentlicht Stellungnahme | EBA publishes Opinion

Am 4. November 2020 veröffentlichte die Europäische Bankenaufsichtsbehörde (EBA) eine **Stellungnahme**, in der sie darlegte, wie die Aufsichtsbehörden die Risiken von Geldwäsche und Terrorismusfinanzierung (GW/TF) im Zusammenhang mit dem Prozess der aufsichtlichen Überprüfung und Bewertung (SREP) berücksichtigen sollten.



Andreas Kastl

On 4 November 2020, the European Banking Authority (EBA) published an **Opinion** setting out how prudential supervisors should consider money laundering and terrorist financing (ML/TF) risks in the context of the Supervisory Review and Evaluation Process (SREP).

Fondsstandortgesetz | Fund Location Act

Entwurf eines Gesetzes zur Stärkung des Fondsstandorts Deutschland | Draft law to strengthen Germany as a location for funds

Am 3. Dezember 2020 hat das Bundesfinanzministerium seinen **Entwurf** eines Gesetzes zur Stärkung des Fondsstandorts Deutschland und zur Umsetzung der Richtlinie (EU) 2019/1160 zur Änderung der Richtlinien 2009/65/EG und 2011/61/EU im Hinblick auf den grenzüberschreitenden Vertrieb von Organismen für gemeinsame Anlagen (**Fondsstandortgesetz – FoG**) veröffentlicht.

Ziel des Gesetzesentwurfs ist es, Deutschland als Fondsstandort attraktiver zu gestalten. Neben Änderungen zur Umsetzung europäischen Rechts im Hinblick auf Nachhaltigkeitsaspekte bei Investitionsentscheidungen beinhaltet der Entwurf daher auch weitere aufsichtsrechtliche und steuerliche Maßnahmen.

Der Entwurf beinhaltet unter anderem folgende Änderungsvorschläge:

- Umfangreiche Abschaffung von Schriftformerfordernissen im Kapitalanlagegesetzbuch (KAGB), die dazu dienen sollen, die Digitalisierung zu unterstützen, Kosten einzusparen und Flexibilität zu schaffen;
- Erweiterung der Angebotspalette von Fondsanbietern: Einführung offener Infrastruktur-Investmentvermögen und geschlossener Master-Feeder-Konstruktionen;
- Regelungen zum Widerruf des grenzüberschreitenden Vertriebs von Investmentfonds: OGAW- und AIF-Verwaltungsgesellschaften können den Vertrieb von Anteilen oder Aktien eines von ihnen verwalteten Fonds widerrufen;
- Definition von „Pre-Marketing“ und Regelungen, unter welchen Voraussetzungen AIF-Verwaltungsgesellschaften Pre-Marketing betreiben können;
- Ausdehnung der Umsatzsteuerbefreiung auf die Verwaltung von Wagniskapitalfonds;
- Anhebung des steuerfreien Höchstbetrages im EStG von derzeit 360 auf 720 Euro zur Verbesserung der Attraktivität von Mitarbeiterkapitalbeteiligungen;
- Aufnahme einer steuerlichen Regelung zur weiteren Förderung von Mitarbeiterkapitalbeteiligungen bei Startup-Unternehmen.

On 3 December 2020, the German Federal Ministry of Finance published its **draft law** to strengthen Germany as a fund location and to implement Directive (EU) 2019/1160 amending Directives 2009/65/EC and 2011/61/EU with regard to the crossborder distribution of undertakings for collective investment (**Fund Location Act**).

The purpose of the draft law is to make Germany more attractive as a location for funds. In addition to amendments to implement European law with regard to sustainability aspects in investment decisions, the draft therefore also contains further regulatory and tax measures.

The draft contains among others the following proposed changes:

- Extensive reduction of the written form requirements in the German Capital Investment Code (KAGB), which are intended to support digitization, save costs and create flexibility;
- Expansion of the range of services offered by fund providers: Introduction of open infrastructure investment assets and closed master-feeder constructions;
- Rules on the withdrawal of cross-border distribution of investment funds: UCITS and AIF management companies may withdraw the distribution of shares of a fund managed by them;
- Definition of "pre-marketing" and rules under which conditions AIF management companies may conduct pre-marketing;
- Extension of the VAT exemption to the management of venture capital funds;
- Increase of the tax-free maximum amount in the income tax act from currently 360 to 720 euros to improve the attractiveness of employee equity participations;
- Inclusion of a tax regulation to further promote employee equity participation in start-up companies.



Markus Erb | Wolfgang Vahldiek | Dr. Mélanie Liebert | Richard Aron Schauer

Verlustverrechnungsbeschränkungen | Loss Offsetting Restrictions

Neues Verwaltungsschreiben veröffentlicht | New Decree published

Das BMF hat am 11. November 2020 das **Anwendungsschreiben** zur Kapitalertragsteuer; Ausstellung von Steuerbescheinigungen für Kapitalerträge nach § 45a Abs. 2 und 3 EStG; Ergänzung des BMF-Schreiben vom 15. Dezember 2017 veröffentlicht.

Das finale Schreiben zur Abgeltungsteuer steht noch aus.

On 11 November 2020, the BMF published the **application decree** on withholding tax; issuing tax certificates for capital gains in accordance with § 45a para. 2 and 3 Income Tax Act; supplement to the decree of 15 December 2017.

The final letter on the final withholding tax (Abgeltungssteuer) is still pending.



Markus Erb

Investmentsteuerrecht | Investment Tax Law

Finales BMF-Schreiben und Evaluierung der Novelle | Final decree and evaluation of the amendments

Am 29. Oktober 2020 hat das BMF das finale **BMF-Schreiben** zum InvStG 2018 und zur Ergänzung des BMF-Schreibens vom 21. Mai 2019, mit Ausführungen zu den §§ 27-29, 32, 40, 48, 51-54 InvStG sowie mit Ergänzungen zu den §§ 50 und 56 InvStG veröffentlicht.

Am 17. November 2020 hat das BMF zudem ein **Schreiben** zur Einbeziehung von Verlusten und Gewinnen aus Options- und Termingeschäften in die Aktiengewinnberechnung nach § 8 InvStG 2004 veröffentlicht.

Der Gesetzgeber hat das Investmentsteuergesetz durch das Gesetz zur Reform der Investmentbesteuerung vom 19. Juli 2016 grundlegend neu gestaltet. Mit der Reform der Investmentbesteuerung (InvStG 2018) sollten:

- EU-rechtliche Risiken ausgeräumt werden, einzelne Steuersparmodelle (insbesondere die Umgehung der Dividendenbesteuerung) verhindert werden,
- steuerliches Gestaltungspotential eingeschränkt werden,
- administrativer Aufwand abgebaut werden und
- Systemfehler des geltenden Rechts korrigiert werden.

On 29 October 2020, the Federal Ministry of Finance published the **final decree** on the Investment Tax Act 2018 and the supplement to the decree dated 21 May 2019, with comments on §§ 27-29, 32, 40, 48, 51-54 Investment Tax Act and supplements to §§ 50 and 56 Investment Tax Act.

On 17 November 2020, the Federal Ministry of Finance also published a **decree** on the inclusion of losses and gains from options and futures transactions in the calculation of equity gains in accordance with § 8 of the Investment Tax Act 2004.

The legislator has fundamentally redesigned the Investment Tax Act with the Act to Reform Investment Taxation of 19 July 2016. With the amendments of investment taxation (InvStG 2018), the aim was to:

- Eliminate EU law risks, prevent individual tax saving models (in particular the circumvention of dividend taxation),
- Tax planning potential can be limited,
- Red tape is reduced and
- Systemic errors in the applicable law should be corrected.

Der Finanzausschuss des Deutschen Bundestags hat bereits bei Verabschiedung des Gesetzes das BMF gebeten, zu evaluieren, inwieweit diese Ziele erreicht wurden.

Für diesen Zweck bittet der Verband Interessierte um Rückmeldung **bis zum 15. Januar 2021** zu den Fragen gemäß Fragebogen des **BMF-Schreibens** vom 18. November 2020.



Markus Erb

The Finance Committee of the German Bundestag already asked the Federal Ministry of Finance to evaluate the extent to which these goals had been achieved when the law was passed.

For this purpose, the Association asks interested parties to feedback by 15 January 2021 on the questions according to the questionnaire of the **letter** by the Federal Ministry of Finance dated 18 November 2020.

Jahressteuergesetz 2020 | Annual Tax Act 2020

Einigung im Bundestag | Agreement in the Bundestag

Das BMF hat am 17. Juli 2020 einen **Referentenentwurf** für ein Jahressteuergesetz 2020 (JStG 2020) veröffentlicht. Der **Regierungsentwurf** wurde am 3. September 2020 vorgelegt. Der Verband hat am **2. Oktober 2020** und der Bundesrat hat am **9. Oktober 2020** dazu Stellung bezogen. Am 26. Oktober 2020 fand eine Anhörung im Finanzausschuss des Deutschen Bundestages statt.

Der Finanzausschuss des Bundestags hat am 9. Dezember 2020 das Jahressteuergesetz 2020 finalisiert. Den formalen Gesetzesbeschluss wird der Bundestag zeitnah fassen. Die abschließende Beratung des JStG 2020 im Bundesrat ist für den 18. Dezember 2020 vorgesehen.



Markus Erb

On 17 July 2020 the Federal Ministry of Finance has published a **ministerial draft** for an Annual Tax Act 2020. The **government draft** was presented on 3 September 2020. The Association submitted its position paper on **2 October 2020** and the Bundesrat submitted its position paper on **9 October 2020**. On 26 October 2020, a hearing was held in the Finance Committee of the German Bundestag.

The Finance Committee of the Bundestag finalized the Annual Tax Act 2020 on 9 December 2020. The Bundestag will pass the formal decision on this act shortly afterwards. The final discussion of the Annual Tax Act 2020 in the Bundesrat is scheduled for 18 December 2020.

Elektronische Steuerbescheinigung mit Datenabgleich | Electronic tax certificate with data reconciliation

Referentenentwurf veröffentlicht | Ministerial Draft published

Am 4. Mai 2020 hatte das BMF einen **Diskussionsentwurf** zur Einführung einer elektronischen Steuerbescheinigung mit Datenabgleich (insbesondere §§ 45a-45c EStG) samt **Anschreiben** an die Verbände versandt.

On 4 May 2020, the Federal Ministry of Finance sent a **discussion draft** on the introduction of an electronic tax certificate with data reconciliation (especially §§ 45a-45c Income Tax Act - ITA) together with a **letter** to the associations.

Am 20. November 2020 hat das BMF nun dem Verband den **Referentenentwurf** für ein Gesetz zur Modernisierung der Entlastung von Abzugsteuern und der Bescheinigung von Kapitalertragsteuer (Abzugsteuerentlastungsmodernisierungsgesetz - AbzStEntModG) übersandt, der insbesondere eine Änderung der §§ 45a-45c, 50c und 50d EStG vorsieht. Dieser Referentenentwurf soll aus Sicht des BMF insbesondere eine Neuregelung des Kapitalertragsteuerentlastungsverfahrens sowie eine Verhinderung damit zusammenhängenden Missbrauchs und Steuerhinterziehung mit sich bringen.

Er enthält u. a. folgende Aspekte:

- Neues Verfahren zur Entlastung von der Kapitalertragsteuer und vom Steuerabzug nach § 50a EStG für ausländische Steuerpflichtige sowie stärkere Konzentration beim Bundeszentralamt für Steuern (BZSt),
- Digitalisierung des Entlastungsverfahrens beim BZSt für den Antrag, die Steuerbescheinigung und den Bescheid,
- Aufbau einer Kapitalertragsteuer-Datenbank mit umfassenden Steuerbescheinigungsdaten sowie sonstigen Daten,
- Haftungsverschärfungen für die Aussteller von Kapitalertragsteuer-Bescheinigungen, sowie
- Missbrauchsbekämpfung, insbesondere durch Anpassung der Abwehr des sogenannten „treaty-shoppings“ an neue EU-Vorgaben.

Darüber hinaus enthält der Gesetzentwurf eine Änderung des Umwandlungssteuergesetzes zur Verhinderung missbräuchlicher Steuergestaltungen sowie eine Beschränkung des Besteuerungstatbestands bei der Überlassung von Rechten durch beschränkt steuerpflichtige Rechteinhaber (§ 49 Absatz 1 EStG), die allerdings mit den übrigen Neuregelungen des Gesetzentwurfs keinen Zusammenhang haben.

Das BMF hatte bereits mit **Schreiben** vom 6. November 2020 zur Verpflichtung zur Abgabe von Steueranmeldungen/Steuererklärungen zur beschränkten Steuerpflicht bei der Überlassung von in inländischen Registern eingetragenen Rechten Stellung bezogen.

Der Bundesrechnungshof hat in seinem **Bericht** vom 28. Juli 2020 an den Haushaltsausschuss des Deutschen Bundestages für eine Berücksichtigung des TRACE-Verfahrens auch in Deutschland geworben. Finnland führt 2021 das TRACE-Verfahren ein.

On 20 November 2020, the Federal Ministry of Finance sent the Association a **ministerial draft** for a law to modernise the relief of withholding taxes and the certification of withholding tax (so called “Abzugsteuerentlastungsmodernisierungsgesetz – AbzStEntModG”), which in particular provides for an amendment of §§ 45a-45c, 50c and 50d ITA. In the view of the Federal Ministry of Finance, this draft act is intended in particular to revise the withholding tax relief procedure and prevent the associated abuse and tax evasion.

It contains the following aspects, inter alia:

- New procedure for the relief from withholding tax and from the deduction of tax under § 50a ITA for foreign taxpayers and greater concentration at the Federal Central Tax Office (BZSt),
- Digitalisation of the relief procedure at the BZSt for the application, the tax certificate and the assessment notice,
- Development of a withholding tax database with comprehensive tax certificate data and other data,
- Increased liability for the issuers of withholding tax certificates, and
- Combating abuse, in particular by adapting the defence against so-called "treaty shopping" to new European requirements.

In addition, the draft act contains an amendment to the Reorganisation Tax Act to prevent abusive tax structuring and a restriction of the taxable event in the case of the transfer of rights by holders of rights with limited tax liability (§ 49 para. 1 Income Tax Act), which, however, have no connection with the other new provisions of this draft act.

In a **decree** dated 6 November 2020, the Federal Ministry of Finance had already commented on the obligation to submit tax declarations/tax returns on the limited tax liability for the transfer of rights entered in domestic registers.

In its **report** of 28 July 2020 to the Budget Committee of the German Bundestag, the Federal Accounting Office advocated that TRACE should also be considered in Germany. Finland will introduce TRACE in 2021.

Der Verband hatte am 27. Mai 2020 umfangreich zum ersten Diskussionsentwurf zur Einführung einer elektronischen Steuerbescheinigung mit Datenabgleich bereits **Stellung** bezogen.

Die neue **Stellungnahme** zum Referentenentwurf wurde am 10. Dezember 2020 an das BMF versandt.



Markus Erb

On 27 May 2020, the association had **commented** extensively on the first discussion draft on the introduction of an electronic tax certificate with data reconciliation.

The new **comments** on the ministerial draft were sent to the Ministry of Finance on 10 December 2020.

ATAD-Umsetzung | ATAD Implementation

Neuer Entwurf erhalten | New draft received

Am 10. Dezember 2019 hatte das BMF einen **Referentenentwurf** eines Gesetzes zur Umsetzung der Anti-Steuervermeidungsrichtlinie (ATAD-Umsetzungsgesetz - ATADUmsG) an die Verbände versandt. Der Verband hatte hierzu mit **Schreiben** vom 21. Januar 2020 Stellung bezogen. Der **Entwurf** vom 17. November 2020 könnte nun in ein weiteres Gesetzgebungsverfahren eingebracht werden.

Folgende Bewertung lässt sich vornehmen:

- Das ATADUmsG in dieser Fassung stellt nach wie vor keine 1:1-Umsetzung dar und enthält etliche Verschärfungen, für die es keine EU-Vorgaben gibt.
- Positiv ist zu kommentieren, dass die Vorschrift des § 1a AStG-E nicht Eingang in diesen neuen Entwurf des ATADUmsG gefunden hat. Im Zuge dessen ist leider auch Änderungen der §§ 1 und 1b AStG-E herausgefallen, die ggf. hilfreich gewesen wären.
- Weiterhin enthält dieser Entwurf keine dringend notwendige Absenkung der Niedrigbesteuerungsgrenze auf 15 %. Damit wird die systematische Überbesteuerung von Auslandssachverhalten fortgeschrieben.
- Ebenso sieht der Entwurf keine gesetzliche Regelung für Vorabverständigungsverfahren (§ 89a AO-E) zur Rechtssicherheit mehr vor, wie im ursprünglichen Referentenentwurf enthalten.
- Die gegenüber dem Dezemberentwurf enthaltene Änderung des Beherrschungskriteriums ist positiv zu bewerten, da eine zufällige Inländerbeherrschung nun keine Hinzurechnungsbesteuerung auslöst und das Risiko von Vollzugsdefiziten verringert wird.

On 10 December 2019, the Federal Ministry of Finance sent a **ministerial draft** for an “Act on the implementation of the Anti-Tax Avoidance Directive (so called ATADUmsG)” to the associations. The association had commented on this by the **letter** dated 21 January 2020. The **draft** of 17 November 2020 could now be submitted to the further legislative procedure.

The following assessment can be made:

- Furthermore, the ATADUmsG in this version still includes no 1:1 implementation and contains several tightening for which there are no European requirements.
- A positive comment is that § 1a Foreign Transactions Tax Act (draft) has not been included in the new draft of the ATADUmsG. In the course of this process, amendments to §§ 1 and 1b Foreign Transactions Tax Act (draft) have also been dropped, which might have been helpful.
- Furthermore, this draft does not contain any urgently needed reduction of the low taxation limit to 15%. This means that the systematic overtaxation of foreign transactions will continue.
- In addition, the draft does not provide for any legal regulation on APAs (§ 89a German Fiscal Code draft) for legal certainty, as contained in the ministerial draft.
- The change in the control criterion compared to the December draft is to be seen as positive, as accidental domestic control does not trigger any additional taxation and the risk of execution deficits is reduced.

- Die Diskriminierung der Auslandsfonds (Aufhebung des § 7 Abs. 7 AStG und somit Vorrang des InvStG) wurde beseitigt.

Anmerkungen nimmt der Verband bis zum 23. Dezember 2020 bestenfalls per **E-Mail** entgegen.

- The discrimination against foreign funds (repeal of § 7 para. 7 of the Foreign Transactions Tax Act and thus the primacy of the Investment Tax Act) has been eliminated.

Comments are welcome by the Association until 23 December 2020 at best by **e-mail**.



Markus Erb

Anzeigepflicht für Steuergestaltungen | DAC6

Webexkonferenz beim BMF | Webex conference at the Federal Ministry of Finance

Das BZSt veröffentlicht regelmäßig Infobriefe zu DAC6 (Anzeigepflicht für grenzüberschreitende Steuergestaltungen). Am 19. November 2020 ist etwa der **6. Infobrief** erschienen. Ein **Abonnieren** dieser Briefe ist möglich.

Am 1. Dezember 2020 fand eine Webex-Konferenz zu einem fachlichen Austausch über erste Praxisfragen und -erfahrungen beim BMF unter Beteiligung des VAB statt. Die Präsentationsunterlagen sind im Verbandsbüro erhältlich. Im Vorfeld hatte der Verband am 16. November 2020 ein **Schreiben** mit Fragen mit Antwortvorschlägen eingereicht.

The Federal Central Tax Office regularly publishes information letters (circulars) on DAC6 (reporting requirements on cross-border tax arrangements). On 19 November 2020 the **6th circular** was published. A **subscription** to these letters is possible.

On 1 December 2020, a Webex conference was held at the Federal Ministry of Finance with the participation of the VAB for a professional exchange on initial practical questions and experiences. The presentation documents are available from the office of the Association. Prior to this, the Association had submitted a **letter** with questions and proposals for answers on 16 November 2020.



Markus Erb

Steuerliche Vorschriften | Tax-relevant Provisions

Kürzlich veröffentlichte Schreiben | Recently Published Decrees

Die folgenden wichtigen Schreiben und Informationen im Steuerrecht sind ergangen:

- **BMF-Schreiben** vom 10. Dezember 2020 zur Umsatzsteuer; Konsequenzen des Austritts des Vereinigten Königreichs Großbritannien und Nordirland aus der Europäischen Union,

The following important decrees and information were recently published:

- **Decree** by the Federal Ministry of Finance on VAT, consequences of the Brexit (United Kingdom of Great Britain and Northern Ireland leaving the European Union),

- **Verwaltungsgrundsätze 2020** vom 3. Dezember 2020 (mit Regelungen für die Prüfung der Einkunftsabgrenzung zwischen international verbundenen Unternehmen in Bezug auf Mitwirkungspflichten sowie die Schätzung von Besteuerungsgrundlagen und Zuschlägen),
- **Abkommen** zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der Schweizerischen Eidgenossenschaft zur Vermeidung der Doppelbesteuerung auf dem Gebiete der Steuern vom Einkommen und vom Vermögen (DBA-Schweiz) vom 3. Dezember 2020,
- **BMF-Schreiben** vom 3. Dezember 2020 zur steuerlichen Behandlung von Reisekosten und Reisekostenvergütungen bei betrieblich und beruflich veranlassten Auslandsreisen ab 1. Januar 2021,
- **BMF-Schreiben** vom 25. November 2020 zur steuerlichen Behandlung der Reisekosten von Arbeitnehmern,
- **BMF-Schreiben** vom 16. November 2020 zur Geschäftsveräußerung im Ganzen bei Fortführung der Unternehmenstätigkeit (Umsatzsteuer),
- **BMF-Schreiben** vom 9. November 2020 zu den Programmablaufpläne für den Lohnsteuerabzug 2021,
- **BMF-Schreiben** vom 4. November 2020 zur Umsatzsteuer; Befristete Absenkung des allgemeinen und ermäßigten Umsatzsteuersatzes zum 1. Juli 2020,
- **BMF-Schreiben** vom 2. November 2020 zur umsatzsteuerliche Behandlung von Einzweck- und Mehrzweck-Gutscheinen,
- **Konsultationsvereinbarung** zum Abkommen vom 24. August 2000 zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der Republik Österreich zur Vermeidung der Doppelbesteuerung auf dem Gebiet der Steuern vom Einkommen und vom Vermögen vom 30. Oktober 2020,
- **Schreiben** des BMF vom 29. Oktober 2020 zur Verlängerung der Konsultationsvereinbarung zwischen der Bundesrepublik Deutschland und dem Königreich der Niederlande vom 6. April 2020,
- **BMF-Schreiben** vom 28. Oktober 2020 zur Änderung des Umsatzsteueranwendungserlasses hinsichtlich der Bestätigung einer ausländischen Umsatzsteuer-Identifikationsnummer,
- **BMF-Schreiben** vom 26. Oktober 2020 zur Abmilderung der zusätzlichen Belastungen durch die Corona-Krise für Arbeitnehmer; Steuerbefreiung für Beihilfen und Unterstützungen,
- **Administrative Principles 2020** dated 3 December 2020 (containing regulations for the examination of income allocation between internationally affiliated companies with regard to the duty to cooperate as well as the estimation of tax bases and surcharges),
- **Agreement** between the Federal Republic of Germany and the Swiss Confederation for the avoidance of double taxation in the field of taxes on income and on capital (DTT Switzerland) of 3 December 2020,
- **Decree** by the Federal Ministry of Finance dated 3 December 2020 on the tax treatment of travel expenses and travel expense reimbursements for business-related and call-related foreign travel from 1 January 2021,
- **Decree** by the Federal Ministry of Finance of 25 November 2020 on the tax treatment of employees' travel expenses,
- **Decree** by the Federal Ministry of Finance dated 16 November 2020 on the sale of the business as a whole in the event of continuation of the company's activities (VAT),
- **Decree** by the Federal Ministry of Finance dated 9 November 2020 on the program process plans for the wage tax deduction in 2021,
- **Decree** by the Federal Ministry of Finance of 4 November 2020 on VAT; temporary reduction of the general and reduced VAT rate as of 1 July 2020,
- **Decree** by the Federal Ministry of Finance of 2 November 2020 on the VAT treatment of single-purpose and multi-purpose vouchers,
- **Consultation Agreement** on the Treaty of 24 August 2000 between the Federal Republic of Germany and the Republic of Austria for the avoidance of double taxation in the field of taxes on income and on capital of 30 October 2020,
- **Decree** by the Federal Ministry of Finance dated 29 October 2020, extending the consultation agreement between the Federal Republic of Germany and the Kingdom of the Netherlands dated 6 April 2020,
- **Decree** by the Federal Ministry of Finance of 28 October 2020 amending the VAT application decree with regard to the confirmation of a foreign VAT identification number,
- **Decree** by the Federal Ministry of Finance of 26 October 2020, to mitigate the additional burdens of the corona crisis for employees; tax exemption for grants and subsidies,

- **BMF-Schreiben** vom 23. Oktober 2020 zur Verlängerung der Konsultationsvereinbarung zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der Französischen Republik vom 13. Mai 2020; Besteuerung von Grenzpendlern,
- **BMF-Schreiben** vom 20. Oktober 2020 zur Verständigungsvereinbarung zum Abkommen vom 23. April 2012 zwischen der Bundesrepublik Deutschland und dem Großherzogtum Luxemburg zur Vermeidung der Doppelbesteuerung und Verhinderung der Steuerhinterziehung,
- **BMF-Schreiben** vom 12. Oktober 2020 zu den Vordrucken zur Abgabe der Einkommensteuererklärungen für unbeschränkt steuerpflichtige Personen sowie zur Abgabe der Erklärungen für die gesonderte und einheitliche Feststellung von Besteuerungsgrundlagen für die Einkommensbesteuerung; Änderungen der Muster der Vordrucke für den Veranlagungs-/Feststellungszeitraum 2020,
- **BMF-Schreiben** vom 5. Oktober 2020 zur Anwendung des § 8b Abs. 2 KStG auf Erträge aus Währungssicherungsgeschäften,
- Das Amtliche AO-Handbuch 2020 ist seit 6. Oktober 2020 **online**,
- **BZSt-Kurzmeldung** zur Schließung der elektronischen Meldewege zur Abgabe von Meldungen nach der EU-Zinsrichtlinie zum 31. Dezember 2020.
- **Decree** by the Federal Ministry of Finance of 23 October 2020 extending the consultation agreement between the Federal Republic of Germany and the Republic of France of 13 May 2020; taxation of cross-border commuters,
- **Decree** by the Federal Ministry of Finance of 20 October 2020 on the mutual agreement on the treaty of 23 April 2012 between the Federal Republic of Germany and the Grand Duchy of Luxembourg to avoid double taxation and prevent tax evasion,
- **Decree** by the Federal Ministry of Finance of 12 October 2020 concerning the forms for submitting income tax returns for persons with unlimited tax liability and for submitting the declarations for the separate and uniform determination of tax bases for income taxation; changes to the model forms for the assessment/determination period 2020,
- **Decree** by the Federal Ministry of Finance dated 5 October 2020 on the application of § 8b para. 2 German Corporation Tax Act (KStG) to income from currency hedging transactions,
- The Official Fiscal Code Handbook 2020 is **online** since 6 October 2020,
- **Information** by the Federal Central Tax Office on the closure of the electronic reporting channels for the submission of reports in accordance with the EU Savings Tax Directive by 31 December 2020.



Markus Erb

Institutsvergütungsverordnung | Remuneration Regulation for Institutions

BaFin stellt Änderungsverordnungen zur Konsultation | BaFin issues amended Regulations for Consultation

Die BaFin veröffentlichte am 12. November 2020 einen Entwurf einer **Dritten** und einer **Vierten** Verordnung zur Änderung der Institutsvergütungsverordnung („**InstitutsVergV**“) (zusammen die „**Entwürfe**“) und stellte diese zur **Konsultation**.

Die Entwürfe sind Teil eines Pakets zur Änderung verschiedener Verordnungen (*siehe hierzu einen gesonderten Bericht des VAB*) und dienen im Wesentlichen der Ausgestaltung des **Risikoreduzierungs-gesetzes** (welches sich aktuell im Gesetzgebungsverfahren befindet).

Der Entwurf der Dritten Verordnung zur Änderung der InstitutsVergV („**Dritte Verordnung**“) enthält im Wesentlichen die folgenden Änderungen:

- Anpassung der Regelungen der von kleinen, nicht komplexen Instituten einzuhaltenden Vergütungsvorschriften unter dem Gesichtspunkt der Proportionalität;
- Konkretisierung, bis zu welcher Höhe eine variable Vergütung erleichterten Anforderungen unterliegt;
- Aufnahme des Grundsatzes der geschlechtsneutralen Vergütungspolitik;
- Anpassung der Vorgaben zur Identifizierung von Risikoträgern.

Der Entwurf der Vierten Verordnung zur Änderung der InstitutsVergV („**Vierte Verordnung**“) beinhaltet nur die folgende neue Regelung:

- In den Katalog der bei der Festsetzung des Gesamtbetrages der variablen Vergütung zu beachtenden Kriterien soll die neu in § 10j KWG eingefügte Anforderung bezüglich des Puffers der Verschuldungsquote einbezogen werden.

Die Dritte Verordnung soll möglichst kurz nach den Änderungen durch das Risikoreduzierungs-gesetz in Kraft treten. Die Vierte Verordnung soll nicht vor dem 1. Januar 2023 in Kraft treten und zu einem späteren Zeitpunkt ausgefertigt werden.

On 12 November 2020, BaFin published a draft **Third** and **Fourth** Regulation amending the Remuneration Regulation for Institutions ("**InstitutsVergV**") (together the "**Drafts**") and submitted them for **consultation**.

The drafts are part of a package of amendments to various regulations (*see a separate report by the VAB on this*) and essentially serve to implement the requirements of the **Risk Reduction Act** (which is currently in the German legislative process).

The draft Third Regulation amending the InstitutsVergV ("**Third Regulation**") contains the following main changes:

- Adaptation of the rules on remuneration to be complied with by small, non-complex institutions from the point of view of proportionality;
- concretizing the level up to which variable remuneration is subject to simplified requirements;
- absorption of the principle of gender-neutral remuneration policy;
- adaptation of the requirements for identifying risk takers.

The draft Fourth Regulation amending the InstitutsVergV ("**Fourth Regulation**") contains only the following new rules:

- In the catalogue of criteria to be observed when determining the total amount of variable remuneration, the new requirement in Section 10j of the German Banking Act (KWG) regarding the buffer of the leverage ratio should be included.

The Third Regulation is to enter into force as soon as possible after the amendments made by the Risk Reduction Act. The Fourth Regulation should not enter into force before 1 January 2023 and should be issued at a later date.



Wolfgang Vahldiek | Dr. Mélanie Liebert | Richard Aron Schauer

Weitere Umsetzung von CRD 5 und CRR 2 | Further Implementation of CRD 5 and CRR 2

BaFin startet Konsultation der Entwürfe von GroMiKV und SolvV | BaFin initiates consultation of GroMiKV and SolvV amendments

Am 12. November 2020 hat die BaFin die **Konsultation** der Entwürfe von Änderungen der GroMiKV und der SolvV begonnen. Die geplanten Änderungen werden im Wesentlichen aufgrund der Umsetzung von CRD 5 und CRR 2 im deutschen Recht erforderlich.

Die durch die CRR 2 eingeführten **Änderungen bei den Großkreditvorschriften** sollen in der GroMiKV widergespiegelt werden. Diese Änderungen betreffen unter anderem die geänderte Kapitalbasis bei der Berechnung der Großkreditgrenzen sowie das Verbot der gleichzeitigen Anwendung der in Artikel 400 Absatz 1 und 2 CRR festgelegten Ausnahmen auf ein und dieselbe Risikoposition.

Der neu zu schaffende **§ 36a SolvV** ermöglicht der Aufsicht die flexiblere Anwendung des Systemrisikopuffers. Es sollen zur makroprudenziellen Steuerung sektorale Risiken für die Finanzstabilität adressiert werden. Außerdem wird eine **Vorschrift** zur Festlegung eines maximal ausschüttungsfähigen Betrags in Bezug auf die Verschuldungsquote eingefügt.

Die neuen Vorschriften sollen am 28. Juni 2021 bzw. am 1. Januar 2023 in Kraft treten.

Wir sind aufgefordert, zu diesen Entwürfen bei Bedarf Stellung zu nehmen. Anmerkungen und Vorschläge der Mitglieder sind willkommen (Frist: 30. November 2020).

On 12 November 2020, BaFin initiated the **consultation** of draft amendments of GroMiKV (Large Exposure Regulation) and SolvV (Solvency Regulation). The planned changes are mainly required due to the implementation of CRD 5 and CRR 2 in German law.

The changes introduced by CRR 2 as regards large exposure regulation are to be mirrored by the **draft GroMiKV**. These changes relate inter alia to the changed capital basis for the calculation of large exposure thresholds and the prohibition of simultaneously applying of several of the waivers laid down in Article 400 (2) and (2) CRR to one and the same risk exposure.

The newly introduced **§ 36a SolvV** enables the flexible application of the systemic risk buffer by the supervisor. It is to relate to the macroprudential management of sectoral risks for financial stability. Furthermore, a **provision** on the determination of a maximum distributable amount in relation to the leverage ratio is inserted.

The new provisions are planned to come into force on 28 June 2021 and 1 January 2023, respectively.

We are invited to comment on these drafts if necessary. Comments and suggestions by our association members are welcome (deadline: 30 November 2020).



Wolfgang Vahldiek | Dr. Mélanie Liebert | Richard Aron Schauer

Zahlungskontengesetz | Payments Account Act

BaFin veröffentlichts Anwendungshinweise | BaFin publishes implementation hints

Die BaFin hat mit **Schreiben** vom 18. November 2020 Anwendungshinweise zu den nach § 47 Abs. 2 ZKG veröffentlichten Mustern veröffentlicht.

BaFin published implementation guidance on the forms that were released according to sec. 47 para. 2 ZKG with its **letter** dated 18 November 2020.

Die Hinweise betreffen die Muster für die Entgeltinformation, Entgeltaufstellung sowie die Bereitstellung der Vergleichskriterien gemäß § 17 Nr. 2 und 3 ZKG für Betreiber einer Vergleichswebsite.

The guidance relates to the forms of the fee information, the fee statement and the provision of the comparison criteria pursuant to sec. 17 nos. 2 and 3 ZKG for operators of a comparison website.



Andreas Kastl

Kontenabrufdatei | Account retrieval file

Veröffentlichung der BaFin-Allgemeinverfügung zu § 24c KWG und virtuellen IBAN | Publication of the BaFin general order concerning sec. 24c KWG and virtual IBAN

Die BaFin hat 8. Dezember 2020 ihre **Allgemeinverfügung** gemäß § 6 Abs. 3 KWG zur Anordnung der Speicherung von Daten in einem Dateisystem nach § 24c Abs. 1 KWG durch Kreditinstitute bei der Ausgabe von internationalen Bankkontonummern (IBAN) mit der Länderkennung DE an **Zahlungsdienstleistungsunternehmen** zur Weitergabe an deren Endkunden veröffentlicht. Sie ist am 9. Dezember 2020 in Kraft getreten.

Im Vergleich mit dem **Entwurf der Allgemeinverfügung** vom 7. September 2020 ist festzustellen, dass die BaFin in zwei Punkten der Argumentation der **Stellungnahme** des Verbandes vom 5. Oktober 2020 gefolgt ist:

- Eine Ausnahme wurde gewährt für IBAN, die Kreditinstitute an Kunden vergeben, die nicht Zahlungsdienstleistungsunternehmen (im Sinne der Allgemeinverfügung) sind und bei denen die Nutzung virtueller IBAN lediglich der Erleichterung der eigenen Buchführung dient, ohne dass der jeweilige Endkunde über die Zahlung hinaus die virtuelle IBAN für eigene Zwecke nutzt.
- Kreditinstitute, die bei Inkrafttreten dieser Allgemeinverfügung virtuelle IBAN bereits (an Zahlungsdienstleistungsunternehmen im Sinne der Allgemeinverfügung) ausgegeben haben, haben diese IBAN innerhalb von sechs und nicht nur innerhalb von drei Monaten ab Bekanntgabe der Allgemeinverfügung richtig und vollständig im Dateisystem nachträglich zu erfassen.

On 8 December 2020, BaFin published its **general order** pursuant to sec. 6 para. 3 of the German Banking Act (KWG) instructing credit institutions to store data in a file system pursuant to sec. 24c para. 1 German Banking Act when issuing international bank account numbers (IBAN) with the country code DE to **payment services companies** for forwarding to their end customers. The general order entered into force on 9 December 2020.

In comparison to the **draft of the general order** of 7 September 2020, it can be stated that BaFin followed in two aspects the argumentation of the Association's **position paper** dated 5 October 2020:

- An exception was granted for IBAN that credit institutions did not give to payment service companies (in the meaning of the general order) and where the use of the virtual IBAN merely serves to facilitate the end customer's own accounting, without the end customer using the virtual IBAN for his own purposes beyond the payment.
- Credit institutions which have already issued virtual IBAN (to payment services companies in the meaning of the general order) by the time the general order entered into force must collect these IBAN correctly and completely and store them in the file system within six months and not only within three months following the announcement of the general order.



Andreas Kastl

Wertberichtigung von Auslandsforderungen | Allowance for foreign receivables

Neue Übersicht des BZSt | New Information of the FCTO

Das BMF hat dem Verband die vom Bundeszentralamt für Steuern (BZSt) zum 31. Dezember 2020 ermittelten maßgeblichen Bandbreiten für das höchstzulässige Ausfallrisiko der einzelnen Risikoländer zur Kenntnisnahme und Berücksichtigung übersandt. Die Nutzung der Daten wurde der Finanzverwaltung einmal jährlich zu rein internen Zwecken genehmigt. Es wurde ausdrücklich keine Genehmigung für die Veröffentlichung der Daten im Internet oder anderen Medien erteilt.

Die Übersicht ist im Verbandsbüro erhältlich.



Markus Erb

The Federal Ministry of Finance has sent the Association the relevant ranges for the maximum permissible default risk of the individual risk countries determined by the Federal Central Tax Office (FCTO) as of 31 December 2020 for information and consideration. The use of the data was approved by the tax authorities once a year for only internal purposes. Explicit permission was not granted for publication of the data on the Internet or other media.

The overview is available from the association office.

3.4 Frankfurt am Main

Konsultation der MaBail-in | Consultation of MaBail-in

BaFin konsultiert Anpassungen | BaFin consults on amendments

Die BaFin veröffentlichte am 17. November 2020 den **Entwurf** eines geänderten Rundschreibens zu den Mindestanforderungen zur Umsetzbarkeit eines Bail-in (MaBail-in).

Die MaBail-in sind lediglich relevant für Institute, für die eine volle Abwicklungsplanung nach § 40 SAG existiert, für die also im Fall wirtschaftlicher Schwierigkeiten als Abwicklungsmaßnahme ein Bail-in in Frage kommt. Die wesentlichen Erweiterungen beziehen sich auf:

On 17 November 2020, BaFin published a **draft** of the amended Circular on minimum requirements for the implementability of a bail-in (MaBail-in).

The MaBail-in are only relevant for institutions for which a full resolution plan exists pursuant to § 40 of the Recovery and Resolution Act (SAG), in other words, for which a bail-in is suitable in the case of financial difficulties. The main amendments relate to the following:

- Einführung zusätzlicher Datenpunkte;
- die Ausweitung auf alle bail-in-fähigen Verbindlichkeiten (s. Tz. 2.4, 2.5) und die Bereitstellung von Daten hierzu (Tz. 3.1.3);
- Aufnahme eines Katalogs häufig gestellter Fragen (s. Anhang III).

- Introduction of additional data points;
- Extension on all bail-in-able liabilities (cf. para. 2.4, 2.5) and the provision of data in this respect (para. 3.1.3);
- Adding of a catalogue of frequently asked questions (cf. Annex III).



Wolfgang Vahldiek | Dr. Mélanie Liebert | Richard Aron Schauer

Kleine und nicht komplexe Institute | Small and Non-Complex Institutions

Qualifizierung als kleines und nicht komplexes Institut und Antrag zur Nutzung der sNSFR | Qualification as Small and Non-Complex Institution and application to use the sNSFR

Am 25. November 2020 hat die BaFin ein **Schreiben** veröffentlicht, in dem sie die Voraussetzungen zur Qualifizierung von Banken und Sparkassen als kleines und nicht komplexes Institut (Small and Non-Complex Institution – **SNCI**) gemäß Artikel 4 Absatz 1 Nr. 145 CRR darlegt.

Institute, die diese Voraussetzungen erfüllen, gelten grundsätzlich als SNCI. Sie erhalten jedoch die Möglichkeit, sich durch eine Erklärung gegenüber der BaFin von diesem Status loszusagen.

Darüber hinaus behält sich die BaFin vor, im Einzelfall die Qualifizierung als SNCI entfallen zu lassen, wenn Faktoren wie die Größe des Instituts oder dessen Verflechtung, Komplexität oder Risikoprofil dagegensprechen.

Das veröffentlichte Schreiben thematisiert auch den Antrag zur Nutzung der vereinfachten NSFR (Simplified Net Stable Funding Ratio – **sNSFR**) gemäß Artikel 428ai CRR. SNCIs können beantragen, statt der vollständigen NSFR nur eine vereinfachte Version einhalten und melden zu müssen. Das Schreiben legt die entsprechenden Anforderungen und den notwendigen Inhalt des Antrags dar.

Institute haben ab sofort die Möglichkeit die Nutzung der sNSFR zu beantragen. Die Genehmigung kann versagt werden, wenn die Refinanzierungsrisiken des jeweiligen Geschäftsmodells nicht hinreichend durch die sNSFR abgebildet werden können.

On 25 November 2020, BaFin published a **letter** in which it sets out the requirements for qualifying banks and savings banks as Small and Non-Complex Institutions (**SNCI**) in accordance with Article 4 section 1 no. 145 CRR.

Institutions that meet these requirements are generally considered to be SNCI. However, such institutions have the possibility to renounce this status by submitting a declaration to BaFin.

In addition, BaFin reserves the right to waive the qualification as SNCI in individual cases if factors such as the size of the institution or its interconnectedness, complexity or risk profile contradict this.

The published letter also outlines the application to use the simplified net stable funding ratio (**sNSFR**) pursuant to Article 428ai CRR. SNCIs may request to comply with and report only a simplified version instead of the full NSFR. The letter sets out the relevant requirements and the necessary content of the application.

Institutions can apply to use the sNSFR from now on, but approval may be denied if the refinancing risks of the respective business model cannot be reflected by the sNSFR.



Wolfgang Vahldiek | Dr. Mélanie Liebert | Richard Aron Schauer

IT-Sicherheit | IT Security

Neue Publikationen von EZB, ENISA und FSB | New publications of ECB, ENISA and FSB

Die Europäische Zentralbank (EZB) hat im November 2020 einen überarbeiteten **Leitfaden für TARGET2-Nutzer** (Version 14.0) veröffentlicht, der auch Bestimmungen zur Vorfallmeldung durch TARGET2-Nutzer enthält.

Im September 2020 hat die EZB zudem über die **Cyber Information and Intelligence Sharing Initiative** (CIISI-EU) informiert.

Die Agentur der Europäischen Union für Cybersicherheit (ENISA) hat 20. Oktober 2020 **mehrere Berichte zur Bedrohungslage 2020** veröffentlicht.

Der Finanzstabilitätsrat FSB hat am 19. Oktober einen **Bericht** über den Umgang mit Cybervorfällen veröffentlicht (siehe auch **BaFin-Pressemitteilung** vom 21. Oktober 2020).

The European Central Bank (ECB) released a revised **Information Guide for TARGET2 Users** (version 14.0) in November 2020, also containing provisions for the incident reporting for TARGET2 users.

The ECB also informed in September 2020 about the activities of the **Cyber Information and Intelligence Sharing Initiative** (CIISI-EU).

On 20 October 2020, the European Union Agency for Cybersecurity (ENISA) published **several reports regarding the threat landscape 2020**.

On 19 October 2020, the Financial Stability Board (FSB) published a **report** „Effective Practices for Cyber Incident Response and Recovery“ (see also **BaFin press release** dated 21 October 2020).



Andreas Kastl

Risikotragfähigkeit | Risk-bearing Capacity

Neue Informationen zur Meldung nach FinaRisikoV

| New Information for the reporting acc. to the Financial and Risk Regulation

Die Deutsche Bundesbank hat am 17. November 2020 eine **Liste** über häufig gestellte Fragen (FAQ) zu den Meldungen der Risikotragfähigkeitsinformationen nach der FinaRisiko veröffentlicht. Alle Informationen zur Meldung nach der FinaRisikoV sind **hier** veröffentlicht worden.

On 17 November 2020, Bundesbank released a **list** of frequently asked questions (FAQ) the reporting of information about risk-bearing capacity acc. to the Financial and Risk Regulation. All information on the reporting acc. to the Financial and Risk Regulation is published **here**.



Andreas Kastl

3.5 Aktuelle Stellungnahmen | Position Papers

- **Stellungnahme** vom 9. November 2020 zum Finanzmarktintegritätsstärkungsgesetz (FISG)
- **Stellungnahme** vom 12. November 2020 zum Regierungsentwurf eines Gesetzes zur Verbesserung der strafrechtlichen Bekämpfung der Geldwäsche
- **Stellungnahme** vom 16. November 2020 zur Anzeigepflicht für grenzüberschreitende Steuergestaltungen; Fachlicher Austausch über erste Praxisfragen und -erfahrungen
- **Stellungnahme** vom 20. November an das Hessische Finanzministerium zur umsatzsteuerlichen Behandlung der Konsortialführergebühr
- **Stellungnahme** vom 20. November 2020 an das BMF zur Berücksichtigung von Währungsgewinnen aus der Rückzahlung einer Kapitalforderung (Abgeltungsteuer)
- **Stellungnahme** vom 2. Dezember 2020 zum Entwurf einer Dritten Verordnung zur Änderung der Institutionsvergütungsverordnung
- **Stellungnahme** vom 10. Dezember 2020 an das BMF zu dem Referentenentwurf eines Abzugsteuerentlastungsmodernisierungsgesetzes (AbzStEntModG) vom 20.11.2020
- **Stellungnahme** vom 17. Dezember 2020 des Verbandes zum Entwurf eines Fondsstandortgesetzes

- **Position paper** dated 16 November 2020 to the Federal Ministry of Finance on the reporting requirements for cross-border tax arrangements; exchange of views on initial practical issues and experiences
- **Position paper** dated 20 November 2020 to the Hessian Ministry of Finance on the VAT treatment of the agency fee for the administration of third-party loans by the credit agent (syndicated loans)
- **Position paper** dated 20 November 2020 to the Federal Ministry of Finance to account for currency gains from the repayment of a capital claim (final withholding tax)
- **Position paper** dated 10 December 2020 to the Federal Ministry of Finance on the ministerial draft for a Deduction Tax Relief Modernization Act (AbzStEntModG) of 20 November 2020

4. VAB Interna | Association News

Personalveränderung | Personnel change

Änderung im Sekretariat des VAB | Change to the secretariat of the VAB

Seit dem 1. Dezember 2020 verstärkt Frau Karolin Jung unser Sekretariat in der Verbandsgeschäftsstelle.

Since 1 December 2020 Ms. Karolin Jung supports our secretariat at the Association.



Dr. Andreas Prechtel

Neue Mitgliedschaften | New Members



Banking Circle S.A. - German Branch